

FDP Frankfurt am Main

EINHEITLICHER SCHULBEZIRK FÜR GRUNDSCHULEN

20.12.2017

„Zahlreiche Frankfurter Grundschulen klagen über erheblichen Platzmangel sowie stetig steigende Schülerzahlen. Prognosen zeigen bereits seit Jahren, dass jedes Jahr zusätzlich 400 Kinder eingeschult werden und dadurch bedingt jährlich eine neue Grundschule eröffnet werden müsste, um so genügend Grundschulplätze für Frankfurter Kinder zu haben. Aufgrund der fehlenden Grundstücke, die die Stadt für den Schulbau nutzen könnte, müssen dringend neue Lösungsansätze gefunden werden, damit die Stadt Frankfurt auch in Zukunft ihren Pflichten als Schulträger nachkommen kann“, kommentiert [Stefan von Wangenheim](#), bildungspolitischer Sprecher der FDP-Römerfraktion, die aktuelle Lage in der Frankfurter Bildungslandschaft.

Nach § 143 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) ist der Schulträger dazu verpflichtet, Grundschulen in Schulbezirke einzuteilen. Demnach besuchen Schülerinnen und Schüler also die Grundschule, in deren Schulbezirk sie wohnen. „Aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen in Frankfurt fordern wir Freie Demokraten den Magistrat auf, die einzelnen Schulbezirke zu einem Schulbezirk zusammenzuführen, um so den Eltern der Frankfurter Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit einzuräumen, ihre Kinder dort zu beschulen zu lassen, wo sie das pädagogische Konzept der jeweiligen Schulen für angemessen halten. Gleichzeitig könnte so eine bessere Auslastung der einzelnen Schulen sichergestellt werden“, so von Wangenheim und erklärt weiter: „Aufgrund der fehlenden Grundstücke für neue Grundschulen gilt es zu prüfen, an welchen Grundschulen zusätzliche Pavillonanlagen zur Erweiterung aufgebaut werden können, um so weitere Schulplätze bereits für das kommende Schuljahr an Frankfurts Grundschulen zu schaffen. Darüber hinaus hat die Anmietung des ursprünglich für Bürozwecke errichteten Gebäudes in der Voltastraße in Bockenheim, wo schon in einem halben Jahr die Neue Gymnasiale Oberstufe den Unterricht aufnehmen soll, gezeigt, dass auch durch die Umnutzung von

Gebäuden privater Bauherren kurzfristig zusätzlicher Schulraum gewonnen werden kann. Vor diesem Hintergrund sollte der Magistrat prüfen und berichten, inwieweit leer stehende Bürogebäude zu Schulzwecken umgestaltet werden können. An unseren Grundschulen werden elementare Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelt. Vor diesem Hintergrund finden wir Freie Demokraten es besonders wichtig, dass unsere Grundschulkinder diese Grundfertigkeiten auch in einem angemessenen Rahmen erlernen können - überfüllte Klassenzimmer gehören nicht dazu“.